

# ISOR aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 10/93

Dezember 1993

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde  
Rentnerinitiativen

## Offener Brief

Bundesministerium  
für Arbeit und Sozialordnung  
Herrn Minister Norbert Blüm

5113 Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,

verantwortliche Herren Ihres Ministeriums haben sich in letzter Zeit zu Fragen der Rentenversicherung und der Bearbeitung von Rentenanträgen in der Öffentlichkeit geäußert. So Herr Staatssekretär Worms in der "Berliner Zeitung" vom 19. 11. 1993 mit der Ankündigung, daß die letzten Sonder- und Zusatzversorgten ihre Rentenbescheide erst 1995 erhalten werden. Andere Mitteilungen sprechen sogar von 1996.

Die unterzeichnenden Verbände sehen hierin eine weitere Verschärfung der sozialen Lage der Betroffenen, insbesondere der Bestandsrentner in den fünf neuen Bundesländern. Diese Vorgänge sind einmalig in der Geschichte der Sozialversicherung.

Wir protestieren dagegen, daß die Personalsituation in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zum Vorwand für diese Lage genommen wird. Es ist nicht einzusehen, warum für 316.000 Zusatz- und Sonderversorgte eine Zeitspanne für die Neuberechnung der Rente über das Jahr 1995 hinaus nötig ist.

Die unterzeichnenden Verbände weisen weiter darauf hin, daß durch Festlegung von Höchstzahlbeträgen für Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungen diese von der Dynamisierung ausgeschlossen sind. Das führt dazu, daß diese Zahl-



*Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr wünschen allen Mitgliedern und Sympathisanten der ISOR e.V. der Vorstand und die Redaktion ISOR aktuell. Wir danken allen, die an der Gestaltung der Zeitung mitgewirkt haben, und allen Lesern für ihr Interesse.*

*Unserer Gemeinschaft und allen Betroffenen wünschen wir für 1994 einen Durchbruch in Sachen Rentengerechtigkeit.*

beträge zum Teil schon jetzt drastisch unter denen liegen, die selbst nach der derzeitigen unbefriedigenden Rechtslage nach der Neuberechnung als Gesamtversorgung geleistet werden sollen. Angesichts der wachsenden Armut der Betroffenen verfährt auch der Hinweis aus Ihrem Ministerium nicht, daß jetzt nicht gezahlte Gelder nach der Neuberechnung der Renten nachgezahlt werden.

Nehmen Sie bitte unsere Forderungen zur Kenntnis. Sie lauten:

- Beseitigung des Renten Antragstaus in kürzester Frist, wobei zu sichern ist, daß neben den ältesten Rentnern, alleinstehende Frauen, Invaliden und auch jene vorrangig berücksichtigt werden, bei denen die Zusatzversorgung bereits vollständig abgeschmolzen ist,
- Einhaltung des Bestandsschutzes für alle in der DDR erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche aus der Sozialversicherung, den Versorgungssystemen und auf Betriebsrenten,
- Beseitigung des politischen Rentenstrafrechts,
- Dynamisierung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und deren rückwirkende Anerkennung,
- Beibehaltung des Sozialzuschlages ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Als erster Schritt würden wir eine Dynamisierung der derzeitigen Renten und Aufhebung der Höchstzahlbetragsgrenzen ansehen. Es verstößt gegen den verfassungsmäßig gebotenen Gleichheitsgrundsatz, daß selbst innerhalb der Versorgungssysteme eine unterschiedliche rechtliche Behandlung stattfindet.

Wir fordern Sie deshalb auf, energische Schritte für die Neuberechnung der Renten zu unternehmen, damit der Rentengerechtigkeit kein zusätzlicher Schaden zugefügt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Den offenen Brief unterstützen 22 ostdeutsche Rentnerverbände mit dem Beschluß, ihn am 13.12.93 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit zu übergeben. Der Veröffentlichung in ISOR aktuell liegt die bei Redaktionsschluß am 7.12.93 vorliegende Fassung zugrunde.)

**Unsere Solidarität allen verhafteten ISOR-Mitgliedern!**

**Der Vorstand**

## Mitglieder fragen - ISOR aktuell antwortet:

Mit den folgenden Darlegungen beginnt der Vorstand mit den in ISOR aktuell Nr. 9/93 angekündigten Antworten auf Fragen der Mitglieder.

### Privilegien?

Privilegien besessen zu haben, das wird von manchen unserer Mitglieder als unberechtigter Vorwurf empfunden. Waren gute Einkommen und gute Rente nicht gerechter Lohn für mehr Arbeit und mehr Verantwortung? Unser Mitglied Hartwig S. aus Schwerin will, wie andere auch, Aufklärung:

"Inwiefern Angehörige der bewaffneten Organe der DDR privilegiert waren, bedürfte der genaueren Definition."

Die Erregung ist verständlich. Im Kampf um die Rentengerechtigkeit und gegen Rentenstrafrecht sollten wir aber den Dingen sachlich ins Auge sehen. Dazu sollten die Ausführungen auf der Vertreterversammlung und in ISOR aktuell Nr. 6/93 beitragen.

Als Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR konnte man, wie ein Beamter oder Soldat der Altbundesländer auch, eine Rente (Pension) in Höhe von 75 % der besten Dienstbezüge beziehen. Ein Rentner der Rentenversicherung erreichte im Durchschnitt etwa 40 % seines besten Einkommens als Rente. Die um 35 % höhere Rente wurde in der DDR und wird in der BRD als Lohn für treue Staatsdienste gezahlt. Dies war und ist ein Privileg, welches im jeweiligen Staat von der Erfüllung der entsprechenden Treuepflicht abhängig ist.

Die Rente leitet sich heute direkt vom Einkommen ab, das der Versicherte während seines gesamten Arbeitslebens erzielt hat. Die Höhe der Rente wird also von der Höhe des Einkommens mitbestimmt. Auch bei Gehaltsempfängern des Staatsapparates oder bei leitenden Wirtschaftsfunktionären wurden Überstunden nicht bezahlt. Sie können somit nicht rentenwirksam werden. Aber selbst unter Berücksichtigung von bezahlten Überstunden ergibt der Vergleich, daß ein Angehöriger der bewaffneten Organe

ne und der Zollverwaltung der DDR 20-25 % mehr Gehalt bekommen hat, als in anderen Bereichen der staatlichen Verwaltung und der Volkswirtschaft durchschnittlich für vergleichbare Leistungen Lohn oder Gehalt gezahlt wurde. Auch das vergleichsweise höhere Gehalt war ein Privileg für treue Dienste an der DDR. Der Einigungsvertrag bestimmt aber, daß bei der Überleitung von Ansprüchen und Anwartschaften in die Rentenversicherung "eine Besserstellung gegenüber vergleichbaren Ansprüchen und Anwartschaften auch anderen öffentlichen Versorgungssystemen nicht erfolgen darf".

### Zitat des Monats:

Für jeden, der um sein Recht kämpft, ist Solidarität etwas ganz Wichtiges, vielleicht das Wichtigste überhaupt. Die Solidarität lassen wir uns nicht nehmen. Sie wird allen um ihr Recht Kämpfenden helfen, die Zuversicht nicht zu verlieren und aufrecht zu bleiben.

Markus Wolf

Wenn nun durch die bestehenden Regelungen eine erhebliche Kürzung des Einkommens auf 70 % des Durchschnittseinkommens (0,7) oder bis auf das Durchschnittseinkommen (1,0) erfolgen soll, so hat das mit der Abschaffung von Privilegien nichts zu tun. Das ist Rentenstrafrecht wegen des Dienstes für die DDR. Wenn der Gesetzgeber eine Bestimmung erlassen würde, wonach etwa 20-25 % des früheren Einkommens heute nicht rentenwirksam werden kann, könnte dies der Rentengerechtigkeit in den neuen Bundesländern entsprechend den Festlegungen des Einigungsvertrages dienen. Dies unterscheidet Rentenstrafrecht vom Abbau früherer Privilegien.

Allerdings stellen wir auch die Frage, ob heute die BRD Soldaten, Polizisten und Zöllner in ihren Dienst nimmt, ohne ihnen nach gleichem Recht die privilegierte Pension eines Beamten oder Soldaten der BRD zu gewähren. Und, wie sollte einem Alten und Kranken auf Dauer das gleiche Recht verwehrt werden, das dem Jüngeren gewährt wird? Aber es geht hier um Gewährung staatlicher Fürsorge. Dies ist im Unterschied zum Recht auf Rente vom

politisch-moralischen Werturteil des heutigen Staates abhängig.

## Es rettet uns kein höheres Wesen...

Wir erhielten eine Zuschrift aus der TIG Malchin, in der geschildert wurde, daß ISOR-Mitglieder und andere Betroffene in Resignation hinsichtlich möglicher Erfolge der ISOR verfallen. Manche warten lieber auf gesetzliche Regelungen, als sich zu engagieren. Auch anderswo gibt es solche Stimmungen. Aber: Wann hat man in dieser Gesellschaft etwas erhalten, ohne daß man dafür kämpft? Nicht einmal das gesetzlich Zustehende ist ohne Antrag zu erhalten, geschweige denn eine notwendige Änderung der Gesetze, auch wenn diese offensichtlich der gültigen Rechtsordnung widersprechen. Niemand sollte sagen, das Wirken von ISOR ist aussichtslos. Wir können heute konstatieren, daß es auch ISOR zu verdanken ist, daß die Rentendiskussion auf politischer Ebene wieder in Gang gekommen ist, daß die Bewegung an Breite gewonnen hat, daß immer mehr Organisationen nunmehr einen ähnlichen Standpunkt vertreten wie ISOR. Wer unser Mitteilungsblatt regelmäßig liest, findet dafür genügend Beispiele. Unser Recht wird uns nicht in den Schoß fallen. Und, erinnert Euch: "Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!" H.Sp.

## Aus der Postmappe

Unser Leser Claus Brüning aus Leipzig schreibt uns:

Am 6.11.93 führte die TIG Leipzig, deren Mitgliederzahl inzwischen auf über 500 angestiegen ist, ihre zweite diesjährige Mitgliederversammlung durch. Dazu konnten auch Sympathisanten und Vertreter des im Juni gebildeten "Leipziger Arbeitskreises Senioren" sowie Vertreter von TIG aus anderen Kreisen begrüßt werden. Der Vorsitzende der TIG, Günter Hirsch, berichtete über den Stand der Vorstandsarbeit. Dr. Barbara Höll, Bundestagsabgeordnete der PDS/LL, die als Gastreferent teilnahm, versicherte die Unterstützung der Bundestagsgruppe der PDS/LL für das Anliegen der ISOR.

Prof. Dr. Edelmann erläuterte politische und rechtliche Gesichtspunkte des weiteren Vorgehens von ISOR. Er betonte insbesondere die Notwendigkeit von Solidarität sowohl innerhalb von ISOR als auch darüber hinaus. Es herrschte Einmütigkeit unter den Teilnehmern, im Kampf um die Wahrung der sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR nicht nachzulassen sondern ihn zu verstärken, wenn der Erfolg gesichert werden soll.

Aus Chemnitz erhielten wir folgende Zuschrift von dem Vorsitzenden der dortigen TIG:

Die TIG Chemnitz kann auf ein erfolgreiches Jahr 1993 zurückblicken. Nach der Vorstellung unserer Gemeinschaft in der örtlichen Presse traten wir am 1. Mai und am 4. September mit Informationsständen in die Öffentlichkeit. Unsere Mitwirkung bei der Gründung und Aktivierung des Förderkreises der GBM, der GRH, der AG Soziales des Komitees für Gerechtigkeit und des Seniorenbeirates der Stadt Chemnitz machten uns zu einem gefragten Ansprechpartner. Es kam zu einer besseren Zusammenarbeit mit der Kameradschaft des DBwV. Aufgrund der hohen, stetig steigenden Mitgliederzahl sind unsere Mitglieder in 30 Gruppen erfasst. Ei-

nige Gruppen organisieren selbständig Zusammenkünfte. In einer Gruppe gab es zu Himmelfahrt einen ISOR-Frühsschoppen.

Höhepunkt in unserer Gemeinschaft war die Gesamtmitgliederversammlung am 6.10.93, auf der Astrid Karger die aktuelle Lage darstellte und unseren Mitgliedern wie auch den geladenen Vertretern der anderen TIG des Chemnitzer Raumes Mut machte, in unseren Anstrengungen um soziale Gerechtigkeit nicht nachzulassen.

Die Sprechstunden der AG Recht jeden 1. und 3. Donnerstag 16 bis 18 Uhr in der Stollberger Str. 38 finden regen Zuspruch.

Werner Feigel

### *In guter Gesellschaft!*

*Frau Breuel äußerte sich auf einer Pressekonferenz verärgert über pauschale und voreingenommene Vorverurteilungen der Treuhandanstalt. In der Tat, welche Ungerechtigkeit! Hat doch die Treuhandanstalt alles unternommen, um der Idee des Bundeskanzlers vom kollektiven Freizeitpark wenigstens auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zum Durchbruch zu verhelfen. Ihr ist es doch zu verdanken, daß die Arbeiter nicht mehr gezwungen sind, fünf Tage in der Woche in stickigen Fabriken zu verbringen und die Bauern nicht mehr bei Wind und Wetter die Felder bestellen müssen. Daß der Aufschwung Ost trotzdem funktioniert, dafür sorgen die Gehälter, die sich die leitenden Damen und Herren der Anstalt bewilligt haben. Reicht das nicht aus, findet dieser oder jener schon einen einträglichen Nebenverdienst. Aber, trösten Sie sich, Frau Breuel, nicht Sie allein treffen pauschale Verurteilungen, Sie befinden sich in guter Gesellschaft derer, die an irgendeiner exponierten Stelle der DDR gearbeitet haben und denen dafür pauschal die Brieftasche geleert wird. Hat doch kürzlich Herr Bernhard Worms, Staatssekretär bei Herrn Blüm, die Neuberechnung der Renten für Zusatz- und Sondereversorgungsempfänger auf das Jahr 1995 verschoben hat. So hart trifft es Sie glücklicherweise nicht, obwohl ich verstehen könnte, wenn Sie und Ihre Mitarbeiter für das von Ihnen angerichtete Unheil ebenso persönlich verantwortlich gemacht würden, wie heute die Strafrechtler aus der ehemaligen DDR.*

*H.Sp.*

## TIG in Kürze

Die Schönebecker TIG unterstützt die Bildung neuer TIG u.a. in den Städten Zerbst und Wanzleben.

Unter der Überschrift "Hilfe für Rentenempfänger" berichtete am 6.11.93 die Mitteldeutsche Zeitung Weißenfels, daß ISOR e.V. auch in Weißenfels präsent ist.

Die TIG Berlin-Treptow führte am 13.11.93 ihre diesjährige Gesamtmitgliederversammlung durch, an der als Gäste der Vorsitzende des Komitees für Gerechtigkeit von Treptow, Dr. Reddig, und ein Vertreter des DBwV teilnahmen. Die ca. 350 Teilnehmer verfolgten mit großer Aufmerksamkeit und großem Interesse insbesondere die aufschlußreichen Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden der ISOR e.V., Prof. Dr. Edelmann.

Auf Initiative der TIG Löbau haben sich die TIG Löbau, die Kameradschaft Löbau des DBwV und die Ortsverbände Löbau und Ebersbach des BRH mit der Aufforderung an den Präsidenten des sächsischen

Landtages gewandt, sich dem Beispiel des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern anzuschließen.

Weiter heißt es in dem Brief:

"Wir begrüßen diese Initiative der Abgeordneten dieses Landtages im Namen Tausender Betroffener im Landkreis Löbau, deren Interessen wir vertreten.

Herr Präsident, wir schlagen Ihnen vor, durch Ihr Präsidium des sächsischen Landtages eine analoge Initiative in das Plenum einzubringen. Damit könnte der Gesetzgeber schneller als über den mühseligen Weg zum Bundesverfassungsgericht veranlaßt werden, eine die volle Gerechtigkeit herstellende Entscheidung zu treffen."

Analoge Schreiben haben die Unterzeichner auch an die Vorsitzenden der Fraktionen im sächsischen Landtag gesandt.

## Presseecho

Die Tatsache, daß die Beseitigung der Rentendiskriminierung aufgrund der damit zusammenhängenden sozialen Probleme und nicht zuletzt

auch der wachsenden verfassungsrechtlichen Bedenken immer dringender wird, widerspiegelt sich auch in entsprechenden Presseveröffentlichungen.

Ein Beispiel dafür ist die Oktoberausgabe des Organs des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), "Die Bundeswehr", die in mehreren Artikeln diesbezügliche Forderungen und Meinungen enthält.

Einleitend stellte der bisherige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende, Oberst Wenzel, in einem Leitartikel die Korrekturbedürftigkeit des RÜG fest, da die durch das RÜG gnadenlos reduzierte Altersversorgung der Rentenempfänger (Versorgungsempfänger) in Ostdeutschland Sozialhilfeniveau erreicht hat.

Während einer Diskussion des DBwV mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages machte der Vorsitzende des Landesverbandes Ost, Stabsfeldwebel Stein, auf die, wie es in einem Bericht darüber heißt, "steigende Unruhe der betroffenen Mitglieder, insbesondere über die Straffaktionen gleichenden Ren-

tenkürzungen", aufmerksam. Es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sich schon in naher Zukunft ein gefährliches Konfliktpotential aufbauen wird, wenn nicht bald entscheidende Korrekturen erfolgen.

Im Rahmen dieser Diskussionen und zu anderen Anlässen brachten Politiker gegenüber dem DBwV u.a. folgende Meinungen zum Ausdruck:

Regina Kolbe, SPD: "Ich habe grundsätzliche Bedenken, ob das RÜG, bzw die jetzige Ergänzung nicht in eklatanter Weise gegen das verfassungsrechtlich ebenfalls verankerte Verbot der Kollektivbestrafung verstößt und das Sozialrecht als Strafrecht mißbraucht wird."

Dr. Else Ackermann, CDU: "Das Rentenrecht eignet sich nicht zur Vergangenheitsbewältigung. Wenn es dazu noch zur sozialen und zugleich moralischen Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung führt - ich denke hier nicht zuletzt an die Soldaten der ehemaligen NVA - erweist es sich ungewollt als Hemmnis auf dem Wege zur Überwindung des Grabens zwischen Ost und West und verletzt den Rechtsfrieden in Deutschland."

## **Achtung ehemalige Angehörige des Mdl und der Zollverwaltung der DDR!**

Ehemalige Angehörige der VP, der Feuerwehr, des Strafvollzuges und der Zollverwaltung der DDR erhalten ihre Entgeltbescheide zweistufig. Zunächst wird der beabsichtigte Inhalt der Mitteilung an die BfA als vorläufiger Entgeltbescheid oder als sogenanntes Anhörungsschreiben verschickt. Diesem Schreiben liegt keine Rechtsmittelbelehrung bei. Nach Ablauf der Anhörungsfrist, die in dem Schreiben mitgeteilt wird, folgt erst der eigentliche Bescheid. Er enthält aber auch die Rechtsmittelbelehrung. Jetzt kann Widerspruch eingelegt werden.

Es ist also zu empfehlen

1. Die Anlage des vorläufigen Entgeltbescheides oder des Anhörungsschreibens nach sachlichen Mängeln zu prüfen. Dabei spielt die Kürzung nach AAÜG noch keine Rolle. Sachliche Mängel wie unrichtige Angaben der Dienstzeit,

der tatsächlichen Dienstbezüge, von Krankheitszeiten usw. sollten sogleich bis zum Ablauf der Anhörungsfrist dem Absender mitgeteilt werden. Beachten Sie dabei, daß dem tatsächlichen Einkommen, für Sie schwer nachvollziehbar, Zulagen wie Wohnungsgeld zugerechnet sind.

2. Nachdem Ihnen dann der ordentliche Bescheid mit der Rechtsmittelbelehrung zugegangen ist, können Sie fristgemäß Widerspruch erheben und in der bekannten Art und Weise um anwaltliche Unterstützung nachsuchen. Ehemalige Angehörige des Mdl, die ihren Bescheid direkt vom BMI, Außenstelle Berlin, erhalten, müssen ohne Widerspruch sofort innerhalb Monatsfrist beim Sozialgericht klagen.

Prof. Dr. Edelmann

### **Der Vorstand teilt mit:**

Am 17.11.93 fand in Berlin die erste Beiratssitzung der ISOR e.V. nach der außerordentlichen Vertreterversammlung statt. Nach der Begrüßung der Teilnehmer erfolgte die Berufung der Mitglieder des vorläufigen Beirates durch die Vorsitzende der ISOR e.V., Astrid Karger. Dem schloß sich ein schöpferischer Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den TIG an. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden Grundsätze des weiteren Kampfes um Rentengerechtigkeit, ausgehend von einer von Prof. Dr. Edelmann gegebenen Einschätzung, erörtert und ein Bericht über Aktivitäten des Vorstandes, insbesondere zu Ergebnissen in der Öffentlichkeitsarbeit und über die Finanzen des Vereins entgegengenommen.

**Als Mitglieder des Beirates wurden folgende ISOR-Mitglieder berufen:**

Prof. Dr. Helmut Eck, 14471 Potsdam, Knobelsdorffstr. 3  
Werner Feigel, 09009 Chemnitz, PF 207  
Siegfried Felgner, 19059 Schwerin, J.-Seb.-Bach-Str.14  
Walter Hande, 07549 Gera, Auerbachstr. 66  
Wolfgang Henter, 04005 Leipzig, PF 501  
Hermann Herold, 39218 Schönebeck, J.-R.-Becher-Str.63  
Johann Klatt, 18107 Rostock, Kopenhagener Str. 15  
Fritz Laurich, 06667, Weißenfels, A.-Schweitzer-Str.33  
Hans Luleich, 06124 Halle, An der Magistrale 67

Walter Menz, 99897 Tambach-Dietzharz, H.-Heine-Str.8  
Horst Parton, 03044 Cottbus, Oberkirchplatz 6  
Franz Pieschel, 17033 Neubrandenburg, G.-Scholl-Str.1a  
Wilfried Rieckhoff, 15230 Frankfurt/O, Lönnestr.73  
Dr. Dietrich Richter, 18435 Stralsund, Heinrich-Mann-Str. 32  
Helmut Simon, 98527 Suhl, Karl-Fiedler-Str. 2  
Hermar Tietze, 15344 Strausberg, Albin-Köbis-Ring 11  
Prof. Dr. Werner Wunderlich, Berlin

\*  
Sechs Einzelspender aus Berlin haben allein in der ersten Novemberwoche insgesamt 410 DM gespendet. Herzlichen Dank.

Der Kassenverwalter

\*  
Lt. telefonischer Mitteilung der Rechtspflegerin des Amtsgerichts Charlottenburg ist nunmehr die am 10.7.1993 auf der Vertreterversammlung beschlossene Satzung der ISOR e.V. bestätigt. Die Drucklegung wurde bereits eingeleitet.

### **HERAUSGEBER:**

Vorstand der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:  
Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:  
Siegfriedstr. 64  
10365 Berlin  
Telefon: 5 59 32 92

Postanschrift:  
ISOR e.V.  
Postfach 0423  
10324 Berlin

Öffentliche Sprechstunden:  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr (Rentenanträge und Krankenversicherung)  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr (allgemein)  
Sprechstunde der Vorsitzenden:  
jeden 4. Donnerstag im Monat  
16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.